

Schriften des Vereins für Socialpolitik

---

Band 221/II

# Bildung, Bildungsfinanzierung und Einkommensverteilung II

Von

Lutz Bellmann, Karl-Dieter Gröske, Alex Reinberg,  
Manfred Tessaring und Dieter Timmermann

Herausgegeben von

Reinar Lüdeke



Duncker & Humblot · Berlin

**Schriften des Vereins für Socialpolitik**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 221/II**

**SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK**

**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**

**Neue Folge Band 221/II**

---

**Bildung, Bildungsfinanzierung  
und Einkommensverteilung II**



**Duncker & Humblot · Berlin**

# **Bildung, Bildungsfinanzierung und Einkommensverteilung II**

Von

**Lutz Bellmann, Karl-Dieter Gröske, Alex Reinberg,  
Manfred Tessaring und Dieter Timmermann**

Herausgegeben von

**Reinar Lüdeke**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Bildung, Bildungsfinanzierung und Einkommensverteilung /**

hrsg. von Reinar Lüdeke. – Berlin : Duncker und Humblot

(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ; N. F., Bd. 221)

NE: Lüdeke, Reinar [Hrsg.]; Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Schriften des Vereins . . .

2. Von Lutz Bellmann . . . – 1994

ISBN 3-428-08169-2

NE: Bellmann, Lutz

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 1994 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0505-2777

ISBN 3-428-08169-2

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
gemäß der ANSI-Norm für Bibliotheken

## Vorwort

Mit diesem Band wird der zweite Teil der Untersuchungen vorgelegt, die im Bildungsökonomischen Ausschuß in den vergangenen Jahren zum Themenkomplex „Bildung, Bildungsfinanzierung und Einkommensverteilung“ diskutiert wurden. Nachdem es auf der Jahrestagung 1991 in Passau in erster Linie um theoretische und empirische *Grundlegungen* ging (SdVfS, Bd. 221 / I, 1993), stehen in den jetzt vorliegenden drei Beiträgen, die auf der Jahrestagung 1992 in Nürnberg präsentiert wurden, vor allem *Anwendungen* theoretischer Überlegungen auf der Grundlage reicher empirischer Befunde für die Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt. Dieser Schwerpunkt harmonierte sehr gut mit der Tagungsstätte, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit, betrachtet doch das IAB diese Art der Forschung als seinen zentralen Auftrag und hat dieses Institut obendrein schon traditionell den Beziehungen zwischen verschiedenen Bildungsbereichen und Arbeitsmärkten größte Aufmerksamkeit geschenkt.

Aus mehr mikroökonomischer Perspektive weist die Beziehung zwischen Bildung und Einkommen und damit zwischen Bildungsverteilung und Einkommensverteilung zwei recht unterschiedliche Aspekte auf — das (elterliche) Einkommen (und Vermögen) als Determinante der Bildungsnachfrage der eigenen Kinder einerseits und die Bedeutung der Bildung für die Höhe des Perioden- und Lebensinkommens der Ausgebildeten andererseits. Traditionell wird die öffentliche Bildungsfinanzierung vor allem gefordert, um die Beziehungen zwischen dem Einkommen der Eltern und der realisierten Bildung für die Kinder zu lockern. Im Hintergrund stehen meist Ziele, die mit Schlagworten wie Startchancengleichheit, Chancengleichheit im Bildungswesen, effiziente Ausnutzung des Bildungspotentials, gleiche Bildungsrechte u. ä. beleuchtet werden. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich manches sowohl aus der *ex-ante* als auch aus der *ex-post Perspektive* als Ausfluß eines *gutsspezifischen Egalitarismus*, der angesichts heutiger Heterogenität in den Präferenzen eine genauso schwache Legitimationsbasis aufweist wie die Forderung nach Gleichverteilung (der Chancen oder Resultate) bei einer Reihe weiterer konkreter Güter. Nach der erforderlichen Schaffung von Möglichkeiten, in effizienter Weise auch Bildungskredite aufzunehmen, sollte es allenfalls darum gehen, mit öffentlichen Finanzmitteln eine Art Internalisierung externer Bildungserträge zu betreiben, doch damit verdrängen Aspekte allokativer Effizienz die distributive Fragestellung.

Welche Bedeutung die jeweilige Bildungsfinanzierung für die Beziehung zwischen der Bildung und dem (Lebens-)Einkommen hat, darüber hört man hingegen

im allgemeinen sehr wenig. In alter humankapitaltheoretischer Tradition könnte man die öffentliche Bildungsfinanzierung zu nutzen versuchen, um über eine *gleichmäßigere Verteilung des personellen Humankapitals* eine größere Gleichheit der personellen Verteilung des Arbeitseinkommens zu erreichen. Doch letztlich ließe das für sich betrachtet auf eine ineffiziente Nutzung von investiven Realtransfers zur Erreichung distributiver Zwecke in zukünftigen Perioden hinaus. Ein ganz anderer Ansatzpunkt liegt vor, wenn mit der öffentlichen Finanzierung der Bildung insgesamt oder bestimmter Bildungswege gesondert über Änderungen in der qualifikationsmäßigen Beschäftigtenstruktur ein Einfluß auf die *bildungsbedingten Einkommensabstände* und die *Bildungsrenditen* genommen werden soll. Um einen solchen Einfluß einer Bildungsexpansion auf die originäre Einkommensverteilung (bildungsbedingte Einkommensabstände) geht es in dem Beitrag von *Bellmann, Reinberg* und *Tessaring* zum Thema „Bildungsexpansion, Qualifikationsstruktur und Einkommensverteilung“. Dabei überrascht, daß trotz der erheblichen Bildungsexpansion und einer damit einhergehenden bildungsmäßigen Höherqualifizierung des Arbeitskräftereservoirs die relativen Einkommensabstände seit den 60er Jahren wenig verändert zu sein scheinen.

Damit stellt sich die Frage nach den Auswirkungen der öffentlichen Bildungsfinanzierung auf die Einkommensverteilung in der Eltern- und Ausbildungsgeneration und die Rechtfertigung einer solchen Finanzierung aus verteilungspolitischer Sicht neu. Angesichts der bekannten Zusammenhänge zwischen der sozialen Stellung des Elternhauses und der Hochschulausbildung ihrer Kinder einerseits und zwischen der akademischen Ausbildung und dem Jahres- und Lebenseinkommen der akademisch Ausgebildeten andererseits ist es nicht erstaunlich, daß gerade die öffentlich finanzierte Hochschulausbildung in den Mittelpunkt kritischer Verteilungsuntersuchungen gerät. Ist nicht zu befürchten, daß angesichts solcher Zusammenhänge eine *öffentlich finanzierte Hochschulausbildung* einen *negativen Beitrag zur Bedarfsgerechtigkeit* der Einkommensverteilung leistet — gleich ob man nun die öffentlichen Leistungen den ausgebildeten Akademikern oder den Eltern der Akademiker zurechnet und ob man nun die Verteilung der Jahreseinkommen oder der Lebenseinkommen in den Mittelpunkt stellt? Und ist nicht darüber hinaus noch ein *negativer Einfluß der öffentlichen Bildungsfinanzierung* auf die *(Start)Chancengleichheit* zu erwarten, wenn man nur umfassender (und zugleich weniger paternalistisch) statt der Chancen auf eine Beteiligung an der akademischen Bildung die Chancen auf Lebenswohlfahrt und Lebenseinkommen in den Mittelpunkt der Chancengleichheitsdiskussion rückt?

Eine Antwort auf diese Fragen versucht vor allem *Grüske* in seinem Beitrag „Verteilungseffekte der öffentlichen Hochschulfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland — Personale Inzidenz im Querschnitt und Längsschnitt“ — zu geben. Letztlich geht es dabei vor allem um die Analyse und Beurteilung dessen, was bei Konstanz der Bildungsentscheidungen und Bruttoeinkommensstrukturen einkommens- und verteilungsmäßig geschähe, wenn die öffentliche Hochschul-

finanzierung wegfielen. Die naheliegende Vermutung, daß es in *Timmermanns* Beitrag „Studiengebühren und personelle Einkommensverteilung“ konzeptionell um das gleiche Problem geht — stellen doch privat zu finanzierende Studiengebühren die naheliegende Alternative zur öffentlichen Hochschulfinanzierung dar —, trifft hingegen nicht zu. Indem bei Timmermann die Studiengebühren zur Erhöhung der Hochschulausgaben genutzt werden, umgeht er die Frage der Lasteninzidenz heutiger Hochschulfinanzierung, die bei Grüske zumindest gleichwertig neben der Frage der Leistungsinzidenz abgehandelt wird. Umso überraschender ist aber die weitgehende Koinzidenz der Ausblicke oder Politikempfehlungen beider Autoren: Verteilungspolitische Gründe für die Beibehaltung der bisherigen öffentlichen Finanzierung oder gegen die Einführung von privat finanzierten Studiengebühren wären jedenfalls nach diesen beiden Untersuchungen nicht sonderlich ernst zu nehmen, wenn nicht sogar (wie nach Grüske) vieles für eine verteilungspolitisch begründete Änderung der Finanzierung spricht.

Im weiteren seien die drei Beiträge dieses Bandes nach Vorgehensweise und Inhalt in ihrer Gesamtheit noch kurz skizziert:

Nach Darstellung der Bildungsexpansion in der Bundesrepublik zwischen 1960 und 1991 und der Veränderung der bildungsmäßigen Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen zwischen 1975 bis 1989 gehen *Bellmann*, *Reinberg* und *Tessaring* der Hypothese nach, daß sich die relativen Einkommensabstände unterschiedlich ausgebildeter und qualifizierter Arbeitskräfte (bei vier unterschiedenen Qualifikationsstufen) verringert haben. Datenbasis sind einmal die Mikrozensuserhebungen (1976 bis 1989), die — verknüpft mit der Bildungsgesamtrechnung des IAB — auch Aussagen über die relativen Einkommensabstände der Berufsanfänger zulassen. Ermittelt wird das Nettoeinkommen der Erwerbstätigen weitgehend unabhängig von der Quelle des Einkommens. Während für die Berufsanfänger unabsehbar eine gewisse Nivellierung festzustellen war, ist für die Erwerbstätigen insgesamt keine Angleichung der Nettoeinkommensabstände zu beobachten.

Theoretisch interessanter ist die Datenbasis der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, steht hier doch das Bruttoarbeitseinkommen der (sozialversicherungspflichtig) Beschäftigten und somit das Entgelt für Produktionsfaktoren im Mittelpunkt der Betrachtung. In Übereinstimmung mit Beobachtungen in den USA ist für die männlichen Beschäftigten überraschenderweise festzustellen, daß die relativen Einkommensabstände der Hochschulabsolventen im Zeitablauf sogar noch gestiegen sind. Bei Schätzung der Parameter in multivariaten Schooling-Modellen für die Jahre 1976-1987 stellt sich — damit übereinstimmend — heraus, daß die Renditen für die Fachhochschul- und Hochschulausbildung im Zeitablauf tendenziell größer wurden. Zur Vorsicht sei allerdings gemahnt, wenn aus der Konstanz oder sogar der Erhöhung der relativen Einkommensabstände auf die Bedeutungslosigkeit der Bildungsexpansion für diese Abstände geschlossen wird, ist doch schließlich über die Entwicklung dieser Abstände ohne Bildungsexpansion zunächst noch gar nichts gesagt.

*Grüskes* neuartige und zugleich akribische Untersuchung über die Verteilungswirkungen und -probleme öffentlicher Hochschulfinanzierung ist vor allem dann von politischer Relevanz, wenn die unmittelbaren Nutznießer der Hochschulsubventionen diese zurechenbaren Vorteile nicht gleich über eine Verringerung bildungsbedingter Einkommensabstände an die Allgemeinheit weiterzugeben haben. Datenbasis der Analyse ist in erster Linie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, bei der Zuordnung der Studenten zu elterlichen Sozial- und Einkommenschichten auch die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks und bei der Simulation der Lebenseinkommen eine Reihe von theoretisch und empirisch anspruchsvollen Vorarbeiten aus der Literatur. Methodisch kann *Grüske* auf eine Reihe eigener Arbeiten zurückgreifen, ist er doch in Deutschland einer der wenigen Experten für empirisch gestützte Budgetinzidenzuntersuchungen (über eine Zusammenführung der Belastungen durch Staatseinnahmen und der Begünstigungen durch Staatsausgaben). Für die Ausgaben eines Funktionsbereichs — die öffentlichen Ausgaben für die Hochschulausbildung in sehr differenzierter Gliederung — liegt mit diesem Beitrag eine Ausarbeitung vor, auf die man auch bei Untersuchungen anderer Funktionsbereiche exemplarisch zurückgreifen können. Bei der Querschnittuntersuchung, in der die Leistung den Eltern der Studierenden zugerechnet und eine Finanzierung in der Regel aus den allgemeinen Haushaltsmitteln unterstellt wird (Proportionalitätsannahme), ergeben sich teilweise erwartete, teilweise aber auch recht überraschende Resultate: Während wie zu erwarten die Arbeiterhaushalte mehr zur Finanzierung der Hochschulausbildung beitragen, als sie Vorteile durch den Hochschulbesuch ihrer Kinder haben, gilt für die Haushalte aus niedrigen Einkommenschichten das Gegenteil. Weniger überrascht hingegen, daß in der Längsschnittanalyse als Ergebnis recht aufwendiger Simulationen des Lebenseinkommensverlaufs und der Ermittlung der „Hochschulausgabensteuerquote“ der Akademiker im Schnitt über sein Leben hinweg nicht das als „Hochschulsteuer“ zurückzahlt, was er während der Ausbildung erhalten hat, auch wenn sich hier für die einzelnen Studiengänge ein etwas differenziertes Bild abzeichnet. Was liegt nach einer solchen Untersuchung näher, als einen Ausblick auf alternative Finanzierungsweisen (Studiengebühren, Bildungsdarlehen) zu werfen, bei denen nicht mehr die Eltern ohne studierende Kinder den Eltern mit studierenden Kindern finanziell die Ausbildung ermöglichen (Querschnittbetrachtung) oder in der nicht mehr die Nichtakademiker den Akademikern einen bemerkenswert hohen Teil ihrer Hochschulausbildungskosten finanzieren (Längsschnittuntersuchung).

*Timmermanns* Beitrag, empirisch auf dem Mikrozensus 1991 basierend und mit den Studiengebühren Reformvorstellungen der Hochschulfinanzierung aufgreifend, unterscheidet sich auch konzeptionell ganz wesentlich von *Grüskes* Ansatz. Indem Studiengebühren, die für zusätzliche Hochschulausgaben verwendet werden, als Belastung des Einkommens der Eltern studierender Kinder (Querschnittuntersuchung) oder als Belastung späterer Akademikereinkommen gese-

hen werden, ohne daß Leistungsinzidenzfragen nachgegangen wird, erfolgt eine Problemreduktion durch Partialisierung. Auf dieser Basis wird dafür konsequent und systematisch die Wirkung der Gebühren auf vier unterschiedliche Maße der Einkommensungleichheit (Variationskoeffizient, Ginikoeffizient, LOG-Standardabweichung und LN-Standardabweichung) aufgezeigt, mitsamt eines Nachweises der Gebührelenastizitäten dieser Ungleichheitsmaße. Das Lebenseinkommen wird für fünf Qualifikationsgruppen durch Umwandlung der Querschnittsdaten in Längsschnittsdaten simuliert. Ob die hohe Aktualität der gesamtdeutschen Daten (1991) angesichts des transitorischen Charakters der Einkommen in Ostdeutschland wirklich ein Vorteil ist, muß allerdings dahingestellt bleiben. Bei der Verteilung der studierenden Kinder auf die elterlichen Einkommensschichten stützt sich Timmermann auf einleuchtende Plausibilitätsannahmen; die Ergebnisse weichen jedoch nicht unerheblich von den entsprechenden Verteilungen bei Grüske ab, die nach einem komplexen Verfahren aus Daten des Deutschen Studentenwerks abgeleitet wurden. Angesichts der unterstellten starken Konzentration studierender Kinder auf obere Einkommensschichten erscheint es zunächst überraschend, daß die Ungleichheit bei Einführung auch kleinster Studiengebühren nicht abnimmt, sondern sogar leicht zunimmt. Wesentlich für dieses Ergebnis dürfte die Senkung des Durchschnittseinkommens durch die Gebühren sein, eine Folge auch der bewußt nicht berücksichtigten Leistungsinzidenz. Da bei der Lebenseinkommensbetrachtung die Ungleichheit der (durchschnittlichen) Einkommen unterschiedlich qualifizierter Erwerbstätiger durch eine Gebührenerhebung bei drei Ungleichheitsmaßen sogar abnimmt, ansonsten aber zumindest nicht wesentlich zunimmt, mündet auch Timmermanns Beitrag — unter Hinweis auf erhebliche allokativen Vorteile — in ein Plädoyer zugunsten (sozial abgefederter) Studiengebühren.

Angesichts des inzwischen erreichten hohen Anteils der Altersjahrgänge Jugendlicher, der ein Fachhochschul- oder Universitätsstudium anstrebt, und angesichts der offenkundigen distributiven Probleme öffentlicher Hochschulfinanzierung ist nicht überraschend, daß in allen drei vorliegenden Beiträgen die Hochschulausbildung einen dominierenden Platz in der Analyse einnimmt. Ein Trugschluß wäre es jedoch, aus den hier aufgewiesenen Verteilungsergebnissen und dem daraus abgeleiteten Reformbedarf auf bevorstehende Reformaktivitäten zu schließen, blieb doch die tatsächliche bildungspolitische Willensbildung (zu untersuchen etwa mit Hilfe von public-choice Ansätzen) in den beiden vorliegenden Bänden zu Fragen der „Bildung, Bildungsfinanzierung und Einkommensverteilung“ letztlich ausgeblendet.

Passau, im August 1994

*Reinar Lüdeke*



## Inhaltsverzeichnis

Bildungsexpansion, Qualifikationsstruktur und Einkommensverteilung – Eine Analyse mit Daten des Mikrozensus und der Beschäftigtenstatistik	
Von <i>Lutz Bellmann, Alex Reinberg</i> und <i>Manfred Tessaring</i> , Nürnberg .....	13
Verteilungseffekte der öffentlichen Hochschulfinanzierung in der Bundesrepublik Deutschland – Personale Inzidenz im Querschnitt und Längsschnitt	
Von <i>Karl-Dieter Gröske</i> , Erlangen-Nürnberg .....	71
Studiengebühren und personelle Einkommensverteilung	
Von <i>Dieter Timmermann</i> , Bielefeld .....	149



# **Bildungsexpansion, Qualifikationsstruktur und Einkommensverteilung**

## **Eine Analyse mit Daten des Mikrozensus und der Beschäftigtenstatistik**

*Von Lutz Bellmann, Alex Reinberg und Manfred Tessaring*

### **A. Einleitung**

Der Zusammenhang von Bildungsexpansion und qualifikatorischer Einkommensstruktur verdient aus zwei Gründen besondere Aufmerksamkeit (Lüdeke 1978, S. 100). Den Bildungs- und Arbeitsmarktpolitiker interessiert erstens, ob sich die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften bei flexiblen qualifikatorischen Einkommensunterschieden verändert bzw. inwieweit Veränderungen der relativen Einkommen auch Indikatoren für Nachfrageveränderungen sind. Zweitens geht es um die Frage, ob die Bildungsexpansion und die veränderte Qualifikationsstruktur des Arbeitskräfteangebots in längerfristiger Betrachtung zu einer Verringerung von Einkommensabständen geführt hat.

In beiden Fällen werden flexible bzw. sich — je nach Arbeitsmarktlage — unterschiedlich verändernde Einkommen unterstellt; ein — im Vergleich zu anderen Ausbildungsabschlüssen oder zum Bedarf — höheres Angebot, z. B. an hochqualifizierten Arbeitskräften, führe auch zu einer Verringerung ihres Einkommensabstandes.

Dieser These liegt die neoklassische Begründung der Einkommensverteilung zugrunde, nach der vor allem Ausbildung und Berufserfahrung Signale für die individuelle Produktivität und demnach für die Einkommenserzielung sind. Bei forcierter Bildungsexpansion könnte der formale Ausbildungsabschluß diese Funktion nicht mehr erfüllen: Führt die Bildungsexpansion zu einer geringer werdenden Selektivität des Bildungswesens, so sinkt damit auch die Bedeutung von Abschlußzertifikaten als Signal für individuelle Produktivitäten. Ausbildung und Berufserfahrung bleiben im Zuge dieses Prozesses zwar noch eine notwendige, nicht mehr aber eine hinreichende Voraussetzung für die Zuordnung zu höheren Positionen und damit Einkommen im Beschäftigungssystem; der Filter „Ausbildung“ wird zunehmend durch andere Selektionskriterien bei der Bewerberauswahl und beruflichen Karriere ersetzt.

Hierzu gibt es eine Reihe von theoretischen Ansätzen, die nicht unbedingt im Widerspruch zu den neoklassischen Theorien stehen, sondern sie teilweise ergänzen.

zen (*Sahota 1977; Hübler 1984*). So etwa sind den „Britischen Theorien“ zufolge auch ererbte / angeborene Faktoren oder Zufälligkeiten wichtige Bestimmungsfaktoren der Einkommenshöhe. Segmentations- und Dual Labour Market-Theorien wiederum messen den gesellschaftlichen Faktoren (die auch den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Beruf bestimmen) einen größeren Einfluß auf die Einkommensverteilung bei.

Diese Fragestellung hat in den letzten Jahren — vor allem in den USA — eine heftige Kontroverse ausgelöst. Dabei wird diskutiert, warum trotz der Ausweitung des Neuangebots an college-Absolventen sich ihr Einkommensabstand zu niedriger qualifizierten Arbeitskräften (z. B. high school graduates) sogar noch erhöhte (*Murphy / Welch 1991; Blackburn / Bloom / Freeman 1990/91; Katz / Murphy 1992, Bound / Johnson 1992; Katz / Loveman 1992; Hecker 1992*). Eine Begründung verweist darauf, daß — bei gegebener Verteilung von Arbeitsplätzen und der daran gebundenen Löhne — die Bildungsexpansion lediglich die Zuordnung von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen, also auch die Adäquanz der Beschäftigung, verändern könnte. Höherqualifizierte übernehmen zunehmend Aufgaben, die vormals von niedriger Qualifizierten erledigt wurden, ohne aber auch entsprechend niedriger bezahlt zu werden. Die Löhne sind nach unten rigide, was mit Aspekten der Fairness, der Sicherung von Betriebshierarchien und der Vermeidung kostenträchtiger zwischenbetrieblicher Mobilität begründet wird: Die Bildungsexpansion tangiert die Einkommensverteilung — n. b. aller Arbeitskräfte — nicht (*Lüdeke 1981*).

Als weitere Erklärungen für den steigenden Einkommensabstand der Höherqualifizierten werden genannt:

- Der Rückgang der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe, der zu einer relativen Zunahme der Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften geführt habe (*Murphy / Welch 1991*)
- Die Erosion der Marktposition der Gewerkschaften, die mit einem Rückgang des Einkommens ihrer Mitglieder — überwiegend Nicht-Akademiker — verbunden ist (*Bluestone / Harrison 1988; Freeman 1991*)
- Die technologische Entwicklung (insbesondere im EDV-Bereich), die die Nachfrage nach besser ausgebildeten und flexiblen Arbeitskräften erhöht hat (*Davis / Haltiwanger 1991; Krueger 1991; Mincer 1991*)
- die Abschwächung der Zunahme des Angebots an höherqualifizierten Arbeitskräften (*Murphy / Welch 1991*)

*Hecker (1992)* verneint die letztgenannte These einer Angebotsabschwächung. Er sieht die Ursache vielmehr in der Restrukturierung der amerikanischen Wirtschaft begründet. Diese These steht — für die USA — in gewissem Widerspruch zu anderen Analysen, die aus dem Anstieg der relativen Einkommen einen Nachfrageüberhang bzw. eine Angebotslücke an college-Absolventen ableiten (*Murphy / Welch 1991; Bishop / Carter 1991*).

*Bound / Johnson* (1992) versuchen im Rahmen eines allgemeinen Ansatzes eine Gewichtung der genannten Ursachen für die zunehmenden Bildungsrenditen Hochqualifizierter vorzunehmen. Sie kommen zu dem Ergebnis, daß der technische Fortschritt zur Einsparung von Arbeitskräften mit niedrigerer Qualifikation geführt habe. Diese Entwicklung war zwar auch in den 70er Jahren wirksam, wurde aber durch die Angebotszunahme von Hochschulabsolventen überdeckt. Es wäre also auch schon in den 70er Jahren zu einer Vergrößerung der qualifikationsbedingten Einkommensdisparitäten gekommen, wenn die Bildungsexpansion nicht einkommensnivellierend entgegengewirkt hätte.

International vergleichende Untersuchungen mit dem Ziel einer Erfassung von institutionellen Einflüssen und der Wirkung des technischen Fortschritts stehen somit ganz oben auf der Forschungsagenda, weil die technologische Entwicklung weitgehend einheitlich verläuft und sich damit die entsprechenden Erklärungshypothesen überprüfen lassen (*Katz / Loveman* 1992).

In der neueren arbeitsökonomischen Literatur (*Schultze* 1991) werden Einkommensrigiditäten auch damit begründet, daß es für Betriebe durchaus rational sein kann, die Löhne ihrer Beschäftigten nicht laufend der Entwicklung der Grenzproduktivität anzupassen. Vielmehr kommen Betriebe und Beschäftigte stillschweigend überein, bestimmte Konventionen und Institutionen kurzfristig unangetastet zu lassen, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern. Neu eingestellte Beschäftigte genießen allerdings nicht mehr unbedingt die Vorteile solcher impliziten Kontrakte: Die Betriebe vollziehen die Einkommensanpassung bei Berufsanfängern ohne Zeitverzögerung, eine These, die auch mit der Segmentationstheorie bzw. der Dualen Arbeitsmarkttheorie vereinbar ist.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist die Prüfung der Hypothese, daß sich die Bildungsexpansion einkommensnivellierend auswirkt. Grundlage der statistischen Überprüfung sind die beiden einzigen Statistiken, die das Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen bzw. Beschäftigten erfassen: der Mikrozensus (MZ) und die Beschäftigtenstatistik (BS). Zusätzlich werden die Berufsanfänger einer gesonderten Analyse unterzogen, um die These zu prüfen, daß eine Einkommensnivellierung, wenn überhaupt, dann vor allem beim Neueintritt in das Beschäftigungssystem sichtbar wird.

Für die Bundesrepublik Deutschland gibt es nur vergleichsweise wenige aktuelle Studien zum Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und Bildungsexpansion. Arbeiten aus den ersten 80er Jahren kommen im wesentlichen zu einem engen Zusammenhang zwischen Bildung und Einkommensverteilung, wengleich sich eine tendenzielle Einkommensnivellierung andeutet. Von den Untersuchungen, die sich im wesentlichen auf die gleiche Datenbasis stützen wie die vorliegende, sind folgende zu nennen:

*Clement, Tessaring* und *Weißhuhn* (1980) und *dieselben* (1983) berechnen Einkommensfunktionen aus Daten der BS sowie Einkommensstrukturen aus MZ-